

bonnbonn

Gesetze und Gesetzentwürfe

- Ein Gesetzentwurf der Bundesregierung sieht nunmehr die *eingeschränkte Pfändbarkeit des Kindergeldes* vor (BT-Dr 11/1104).
- In einem Antrag zur Änderung der StPO fordern die GRÜNEN die *Aussetzung von Haftstrafen für Mütter mit Kleinkindern* (BT-Dr 11/1403).
- Und wieder die GRÜNEN: sie legten einen Gesetzentwurf zur Neuregelung der straf- und verfahrensrechtlichen Vorschriften bei *sexuellen Gewaltdelikten* vor (BT-Dr 11/1040); als Vergewaltigung soll danach jede Tathandlung gegen den Willen der Frau gelten, Fragen nach dem sog. "sexuellen Vorleben" sollen unzulässig sein und während der Vernehmung des Opfers soll der Angeklagte von der Verhandlung ausgeschlossen werden können.
- Auch Justiz- und Familienministerium basteln an einer Strafrechtsänderung im Bereich der *Sexualdelikte*, insbesondere der *ehelichen Vergewaltigung*. Die diskutierten Entwürfe sind allerdings noch nicht zugänglich, da sich Justiz- und Familienministerium noch nicht auf einen gemeinsamen Regierungsentwurf einigen konnten.

Ausschüsse

- Über die verschiedenen Reformvorschläge zur *Strafbarkeit der Vergewaltigung u. ä. in der Ehe* soll im Rechtsausschuß eine Synopse erstellt werden.
- Der Rechtsausschuß plant eine Anhörung zum *Gewerblichen Rechtsschutz im Bereich der Gentechnik*.
- Der Bildungsausschuß und der Innenausschuß haben einer Entschließung des Europäischen Parlaments zur *beruflichen Wiedereingliederung von Frauen* zugestimmt (BT-Dr 11/1027).
- Darüberhinaus hatten sich die Ausschüsse mit einem Aktionsprogramm der EG über die *Ausbildung von Mädchen und Frauen* zu befassen: Ziel, die „Diversifizierung“ der Berufswahl von Frauen – hoffentlich wissen die Frauen, was gemeint ist.
- Der Rechtsausschuß lehnte zwischenzeitlich einen Antrag der GRÜNEN ab, das *Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses* für nichtig zu erklären, allerdings soll der Bundestag feststellen, daß die im Gesetz vorgesehenen Zwangssterilisationen Unrecht seien. Zwangssterilisierte sollen auf die Möglichkeit einer einmaligen Entschädigung von 5.000 DM hingewiesen werden.

Kleine Anfragen und Anträge

- Die SPD verlangt, daß in den monatlichen Arbeitsmarktzahlen der Bundesanstalt zukünftig auch der aktuelle Stand der *Frauenarbeitslosigkeit* ausgewiesen werden soll (BT-Dr 11/1087). Darüberhinaus hat sie eine Große Anfrage über die berufliche Eingliederung von Frauen nach der Kindererziehungsphase an die Bundesregierung gerichtet (BT-Dr 11/1086).

- Die GRÜNEN fordern von der Bundesregierung eine *gesetzliche Regelung der künstlichen Befruchtung* (BT-Dr 11/1662).

– Der Tatsache, daß die Deutsche Postreklame das Wort "Lesbe" für einen Verstoß gegen die guten Sitten hält, verdanken wir eine kleine Anfrage der GRÜNEN (BT-Dr 11/1024) und eine nichtssagende Antwort der Bundesregierung (BT-Dr 11/1272).

– Die unendliche Geschichte der *geschlechtsneutralen Formulierungen in Gesetzen* hat ein vorläufiges Ende gefunden: die Koalition hat sich entschieden, geschlechtsspezifische Bezeichnungen zu vermeiden, "soweit dies sachlich gerechtfertigt ist und die Lesbarkeit und Verständlichkeit des Gesetzestextes nicht beeinträchtigt wird". (BT-Dr 11/1043) In einer interministeriellen Kommission werden derzeit die "historisch gewachsenen männlichen Formulierungen" (Amtsman, Wahlmänner) überprüft.

Sonstiges

- Die Mittel für Gebärprämien der *Stiftung Mutter und Kind* wurden von 30 Mio auf jährlich 110 Mio erhöht.

– Aus einer Unterrichtung der Bundesregierung über die Ermittlungen und Hausdurchsuchungen gegen die Revolutionären Zellen und die Rote Zora erfahren wir, daß es sich bei der Roten Zora um die weibliche Untergruppe der als terroristisch einzuschätzenden Revolutionären Zellen handelt, die vor allem gegen die Gentechnologie kämpft, die von ihr als "patriarchalisches Herrschaftsinstrument" verstanden wird.

– Und die Frauenministerin forscht: über nicht sesshafte Frauen, ältere Frauen; stellt aufgrund eigener Forschung fest: „Gewalt gegen Frauen ist kein städtisches Problem“ und unterstützt Wildwasser, Berlin, als Modellprojekt für die Dauer von 3 Jahren mit 2 Mio. Gleichzeitig wird für die wissenschaftliche Begleitung nochmals 1/2 Mio. zur Verfügung gestellt.

Zusammengestellt von Dagmar Oberlies

Buchhinweise

Beer, Ursula (Hg.): Klasse Geschlecht, Feministische Gesellschaftsanalyse und Wissenschaftskritik, AJZ-Verlag, Bielefeld 1988

Frauen in juristischen Berufen: Brevier für Referendarinnen, hg. v. Hess. Mins. d. Justiz, Wiesbaden

Gerhard, Ute/Limbach, Jutta (Hg.): Rechtsalltag von Frauen, e.s., Frankfurt 1988, mit Beiträgen von: Ute Gerhard, Heide Pfarr, Christel Eckart, Sabine Gensior; Ulrike Teubner, Carol Hagemann-White; Carola Schumann, Wolfgang Voegeli, Erhard Blankenburg; Claudia Burgsmüller, Jutta Limbach, Marlis Dürkop, Franziska Pabst/ Vera Slupik; Hanna B. Schöpp-Schilling, Barbelies Wiegmann zu den Bereichen: Erwerbstätigkeit, Gewalt, Familienrecht, Rechtswissenschaft, Gleichberechtigung und Rechtspolitik.